Kleine Anfrage

der Abg. Dr. Bernd Grimmer und Emil Sänze AfD

und

Antwort

des Ministeriums für Finanzen

EU-Mittel in der Finanzplanung 2021 bis 2026

Kleine Anfrage

Wir fragen die Landesregierung:

1. In welcher Höhe fließen gemäß der aktuellen mehrjährigen Finanzplanung der EU bis 2026 Mittel von Baden-Württemberg an die EU?
2. In welcher Höhe fließen bis 2058 Mittel von Baden-Württemberg an die EU zur Rückzahlung des Wiederaufbaufonds?
3. In welcher Höhe fließen bis 2026 Mittel unter dem Titel „Bruttonationaleinkommen“ aus Baden-Württemberg an die EU?
4. In welcher Höhe fließen bis 2026 Mittel unter dem Titel „Mehrwertsteuer“ aus Baden-Württemberg an die EU?
5. In welcher Höhe fließen bis 2026 Mittel unter dem Titel „Zolleinnahmen“ aus Baden-Württemberg an die EU?
6. In welcher Höhe fließen bis 2026 Mittel unter dem Titel „neue Eigenmittel“ aus Baden-Württemberg an die EU, namentlich unter den Titeln Digitalsteuer, Emissionsgenehmigungen, Verpackungsabgaben, Körperschaftssteuer?
7. In welcher Höhe fließen bis 2026 Mittel unter anderen als den oben genannten Titeln von Baden-Württemberg an die EU?

20.5.2021

Dr. Grimmer, Sänze AfD

Eingegangen: 20.5.2021 / Ausgegeben: 18.6.2021

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet
abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente*

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

Begründung

Baden-Württemberg leistet einen wesentlichen Beitrag zur Finanzierung der EU. Es stellt sich die Frage, in welchem Umfang und durch welche Titel Baden-Württemberg die EU finanziert.

Die Kleine Anfrage stellt sich als Ergänzung auf der Mittelabflussseite in die Tradition der Drucksache 16/2618 sowie der entsprechenden Kleinen Anfrage der Fragesteller vom heutigen Tag.

Antwort

Mit Schreiben vom 11. Juni 2021 Nr. FM6-0123.0-32/1 beantwortet das Ministerium für Finanzen im Einvernehmen mit dem Staatsministerium die Kleine Anfrage wie folgt:

Die Fragen 1, 3, 4, 5 und 7 werden aufgrund des sachlichen Zusammenhangs gemeinsam beantwortet.

- 1. In welcher Höhe fließen gemäß der aktuellen mehrjährigen Finanzplanung der EU bis 2026 Mittel von Baden-Württemberg an die EU?*
- 3. In welcher Höhe fließen bis 2026 Mittel unter dem Titel „Bruttonationaleinkommen“ aus Baden-Württemberg an die EU?*
- 4. In welcher Höhe fließen bis 2026 Mittel unter dem Titel „Mehrwertsteuer“ aus Baden-Württemberg an die EU?*
- 5. In welcher Höhe fließen bis 2026 Mittel unter dem Titel „Zolleinnahmen“ aus Baden-Württemberg an die EU?*
- 7. In welcher Höhe fließen bis 2026 Mittel unter anderen als den oben genannten Titeln von Baden-Württemberg an die EU?*

Zu 1., 3., 4., 5. und 7.:

Der Haushalt der Europäischen Union wird aus Einnahmen finanziert, die aus den Mitgliedstaaten stammen, den sog. Eigenmitteln. Die Bestimmungen für die Finanzierung regelt der Eigenmittelbeschluss (vgl. Artikel 311 Abs. 3 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union [AEUV]). Der Eigenmittelbeschluss wird vom Rat einstimmig gefasst. Er bedarf zudem der Ratifizierung durch die Mitgliedstaaten. Nach abgeschlossener Ratifizierung des aktuellen Beschlusses des Rates vom 14. Dezember 2020 über das Eigenmittelsystem der EU, wird es zukünftig vier Eigenmittelkategorien geben:

- a. Zölle und Zuckerabgaben (sog. „Traditionelle Eigenmittel“)
- b. Eigenmittel auf Basis der Mehrwertsteuer (MwSt-Eigenmittel)
- c. Eigenmittel auf Basis des Bruttonationaleinkommens (BNE-Eigenmittel)
- d. Eine neu eingeführte sog. Plastik-Abgabe auf nicht-recycelte Verpackungsabfälle aus Kunststoff

Der Finanzierungsanteil Deutschlands am Haushalt der Europäischen Union wird in vollem Umfang vom Bund aus seinen Steuermitteln und den Zöllen getragen. Es fließen keine Finanzmittel vom Land Baden-Württemberg in den Haushalt der Europäischen Union.

2. In welcher Höhe fließen bis 2058 Mittel von Baden-Württemberg an die EU zur Rückzahlung des Wiederaufbaufonds?

Zu 2.:

Zur Finanzierung des Aufbauinstruments „Next Generation EU“ (NGEU) wird die Europäische Kommission auf Basis von Art. 122 AEUV ermächtigt, Mittel bis zu einem Betrag von 750 Mrd. EUR in Preisen von 2018 am Kapitalmarkt aufzunehmen. Die Rückzahlung der Mittel sowie die Zahlung fälliger Zinsen werden aus dem Unionshaushalt finanziert. Laut derzeitiger Planung sollen Vorschläge für drei neue Eigenmittel auf Basis eines CO₂-Grenzausgleichsmechanismus, eines erweiterten Emissionshandelssystems und einer Digitalabgabe (vgl. Antwort auf Frage 6) gemacht werden, die so ausgestaltet sind, dass ab 2023 jährlich insgesamt 15 Milliarden EUR eingenommen werden. Diese können dann für Zins- und Tilgungszahlungen verwendet werden. Aus Baden-Württemberg fließen keine Mittel an die EU zur Rückzahlung des Wiederaufbaufonds.

6. In welcher Höhe fließen bis 2026 Mittel unter dem Titel „neue Eigenmittel“ aus Baden-Württemberg an die EU, namentlich unter den Titeln Digitalsteuer, Emissionsgenehmigungen, Verpackungsabgaben, Körperschaftssteuer?

Zu 6.:

Mit Ausnahme der oben erwähnten sog. Plastik-Abgabe auf nicht-recycelte Verpackungsabfälle, befinden sich die anderen hier genannten neuen Eigenmittelkategorien noch in Planung. Über ihre tatsächliche Ausgestaltung lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt daher noch keine Aussage treffen. Nach aktueller Planung sollen Vorschläge für die Einführung neuer Eigenmittel auf Basis des CO₂-Grenzausgleichsmechanismus, des erweiterten Emissionshandelssystems, sowie der Digitalabgabe im Laufe des Jahres 2021 vorgestellt werden (geplante Einführung ab 2023). Neue Eigenmittel auf Basis der Finanztransaktionssteuer sowie finanzielle Beiträge von Unternehmen oder eine neue gemeinsame Bemessungsgrundlage für die Körperschaftssteuer werden nach derzeitiger Planung im Juni 2024 vorgeschlagen und sollen ab 2026 gelten.

Dr. Splett

Staatssekretärin